

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Hauptausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>28.03.2019</b>	Beginn <b>17:05 Uhr</b>	Ende <b>20:08 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Kick, Hans-Werner  
Philipp, Gerd  
Schier, Klaus Peter  
Wapenhans, Detlef  
Flüshöh, Oliver  
Heinemann, Manfred  
Lenz, Heinz-Jürgen

Vertretung für Herrn Hans-Otto  
Lusebrink

Müller, Michael  
Beckmann, Philipp J.  
Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Feldmann, Jürgen  
Burbulla, Johanna  
Schulz, Jürgen

Vertretung für Herrn Olaf  
Stutzenberger

Bockelmann, Christian Dr.

## Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

## stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.  
Sartor, Christiane

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Graeve, Heidi  
Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Jansen, Matthias  
Mollenkott, Marion  
Nowack, Simon  
Passehl, Margit  
Peters, Hildegard  
Rath, Christiane

Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Striebeck, Thomas

**Schriftführer/in**

Liebscher, Sybille

Abwesend:

**Mitglieder**

Lusebrink, Hans-Otto

Vertretung durch Herrn Heinz-  
Jürgen Lenz

Stutzenberger, Olaf

Vertretung durch Herrn Jürgen  
Schulz

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 4 Mitteilungen
- 5 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 6 Rückblick - Ausblick AVU
- 7 Freigabe von Verkaufssonntagen 2019 039/2019
- 8 Bestellung einer Schriftführerin 041/2019
- 9 Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 008/2019
- 10 Bestellung eines stellvertretenden Wehrführers und des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm 038/2019
- 11 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses 012/2019/1
- 12 Ausschussumbesetzungen im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung, Schulausschuss, Sportausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss und Verwaltungsrat TBS 046/2019/1
- 13 Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 20.06.2013 027/2019
- 14 Zentralisierung der Verwaltung
- 14.1 Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der FDP-Fraktion vom 21.3.2019 054/2019
- 14.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.03.2019 "Zentralisierung - Optische Gestaltung"
- 14.3 Zentralisierung der Verwaltung / Stand der Planungen Neubau Rathaus und Kulturzentrum. 026/2019/1
- 15 Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Neues Wohngebiet Brunnen" 004/2019/1
- 16 Eingabe nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein- 161/2018/1

Westfalen (GO NRW) - Sauberkeit in der Stadt

- 17 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2018 - "Sauberkeit in der Stadt"
- 18 Grüne Infrastruktur in Schwelm 200/2018/2  
Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018  
- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug
- 19 Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 120/2018/2  
(Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung)  
- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug
- 20 Neuausrichtung der örtlichen Rechnungsprüfung
- 21 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung
- 22 Abzusetzende TOP / Vorlagen
- 22.1 Ausstellung Andy Warhol
- 22.2 Antrag der Fraktion der SWG / BfS e.V. vom 07.01.2019: 217/2018/1  
Prüfung der Aussetzung des Vollzugs der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Schwelm
- 22.3 a) Antrag der CDU-Fraktion vom 01.11.2018 - Optionale 024/2019  
Gelbe Tonne (nur Verwaltungsrat)  
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Hauptausschuss und Rat)

# **A Öffentliche Tagesordnung**

## **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n**

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

## **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Im Anschluss stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Die Vorlage 046/2019 wird durch die Ergänzungsvorlage ersetzt
- Zu dem Tagesordnungspunkt „Zentralisierung der Verwaltung“ wird vorgeschlagen, den Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2019 sowie die SPD-Anfrage vom 27.03.2019 vor der Verwaltungs-VL in die Tagesordnung einzugliedern.
- TOP A 12 und B 3 – „Andy-Warhol-Ausstellung“ abzusetzen, da die Ausstellung in 2019 nicht nach Schwelm kommen wird
- TOP 22 - Antrag der Fraktion der SWG / BfS e.V. vom 07.01.2019: Prüfung der Aussetzung des Vollzugs der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzusetzen, da die Antragsteller ihren Antrag in der gestrigen Sitzung des AUS zurückgezogen haben
- TOP A 23 – Antrag der CDU-Fraktion zur optionalen gelben Tonne von der Tagesordnung abzusetzen. Aufgrund der Beratung im VwRat TBS am 19.03.2019 sollen zunächst die Ergebnisse abgewartet und die Angelegenheit dann erst wieder im VwRat TBS erneut erörtert werden.
- TOP 16 – Sicherheitskonzept für das Heimatfest von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Die Verwaltung wird in Abstimmung mit Herrn Kirschner (SPD) das Thema Außengastronomie in der Kölner Straße während des Heimatfestes im Hauptausschuss am 13.06.2019 vorstellen.
- TOP 17 – Freigabe von Verkaufssonntagen 2019 vorzuziehen.

Herr Gießwein beantragt, den TOP 18 und TOP 19 zu tauschen.

Frau Grollmann ergänzt die Vorschläge zur Tagesordnung um den Antrag des Herrn Gießwein und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## **3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung**

Herr Reinhard Zachow fragt, ob die Stadtverwaltung bei der Planung der Fassade des neuen Rathauses berücksichtigt habe, dass diese ins Stadtbild eingepasst werde.

Herr Schweinsberg antwortet, dass diese Frage Bestandteil der Anfrage der SPD Fraktion sei, die unter TOP 14 behandelt werde.

#### **4            Mitteilungen**

Frau Grollmann wirbt nochmals für die Frühjahrsmesse im neuen Format am 5. April 2019. Es seien 47 Teilnehmer vertreten und sie hoffe auf regen Zuspruch seitens der Besucher.

Zur Anfrage des Herrn Gießweins bezüglich der Beteiligung an der Werbekampagne des Regionalverbandes Rhein Ruhr zu Europawahl führt Frau Grollmann aus, dass alle Emails der Stadtverwaltung mit einer entsprechenden Signatur versehen worden seien.

Weiter berichtet sie von ihrer Teilnahme am Aktionsbündnis A1. Sie führt aus, dass die Kommunikation zwischen Straßen NRW und DEGES nicht reibungslos laufe. Der massive Holzschnitt sei angemahnt worden. Straßen NRW und DEGES seien angehalten worden, die Rodungen artgerecht durchzuführen.

Mit Erlass der 2. Novelle des NKF sei die Position der bestellten Kämmerin gestärkt worden.

Herr Schweinsberg führt aus, dass er sich im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung mit dem Vorstand der Technischen Betriebe Schwelm in Verbindung gesetzt habe. Es habe keine grundlose Fällung stattgefunden. Die Hängeesche sei erkrankt gewesen und habe auch keinen sicheren Stand mehr gehabt. Er weist daraufhin, dass bereits im Jahre 2012 12 neue Bäume gepflanzt worden seien.

#### **5            Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates**

keine

#### **6            Rückblick - Ausblick AVU**

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt das Wort an Herrn Träris von der Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen (AVU).

Herr Träris stellt einen Rück- und Ausblick der AVU vor. *Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.*

Herr Gießwein fragt, worauf die Aussage des Herrn Träris hinsichtlich 85% e-mobilität beruhe. Weiter fragt er, wie die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung aussehe, wenn Aufrissarbeiten geplant seien.

Herr Träris antwortet, dass die Aussage hinsichtlich der E-Mobilität auf einer wissenschaftlichen Studie beruhe. Die zweite Frage beantwortet er dahingehend, dass es einen Netzbeirat gebe, in dessen Gremium alle Planung genau vorgestellt und abgestimmt werden. Herr Schweinsberg ergänzt, dass darüber hinaus auch

regelmäßige Besprechungen zwischen dem Fachbereich Planen & Bauen und den technischen Betrieben Schwelm stattfinden.

Herr Kick fragt nach, ob die 85% eine Istzahl oder eine prognostische Zahl sei. Herr Träris vermutet, dass dies eine Istzahl sei.

Herr Feldmann fragt, was „Crowdfunding“ sei. Herr Träris erläutert, dass es sich hierbei um eine Internetplattform handle, wo von einer Vielzahl von Leuten Geld für zum Beispiel soziale Zwecke gesammelt werde.

Frau Grollmann dankt Herrn Träris für seine Ausführungen.

## **7 Freigabe von Verkaufssonntagen 2019**

**039/2019**

Mit Eröffnung des Tagesordnungspunktes erteilt Frau Grollmann Frau Weithe, 1. Vorsitzende der Werbegemeinschaft Schwelm, das Wort.

Frau Weithe bedankt sich für die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bürgerservice. Hinsichtlich der Begründung von VERDI zeigt sie sich verwundert, warum der Trödelmarkt keine Veranstaltung sei, die verkaufsoffene Sonntage rechtfertige. Man habe regelmäßig einen Besucherstrom von über 30.000 Besuchern ermittelt. Die verkaufsoffenen Sonntage seien nicht alleine wegen des „schnöden Mammons“, sondern dienten auch der Kundenakquise, da an den Tagen Besucher kommen, die sonst nicht kommen würden.

Frau Grollmann dankt Frau Weithe für ihre Ausführungen.

Herr Gießwein merkt an, dass er nicht wisse, ob es gut sei, wenn eine Antragstellerin Argumente der Gegenseite widerlegen dürfe, die Gegenseite aber nicht.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ zu beschließen.

### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die anliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	0

## **8 Bestellung einer Schriftführerin**

**041/2019**

### **Beschluss:**

Frau Heidi Graeve wird zur Schriftführerin für den Hauptausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

## 9 Gleichstellungsplan 2019 bis 2024

008/2019

Einleitend erläutert Frau Grollmann, dass der Gleichstellungsplan der Stadt Schwelm vom Rat genehmigt werden müsse. Neu sei auch, dass nicht mehr, wie bisher, die Gleichstellungsbeauftragte für den Bericht verantwortlich zeichne, sondern der Bereich Personal & Organisation. Die Gleichstellungsbeauftragte könne jedoch mitwirken, was in diesem Fall auch erfolgt sei.

Frau Grollmann gibt das Wort an Frau Dr. Sandra Michaelis zur Beantwortung der Fragen des Gremiums.

Herr Gießwein finde es gut, wenn die einzelnen Maßnahmen des Gleichstellungsplanes auch mit einer konkreten Zeitschiene versehen seien. Frau Dr. Michaelis antwortet, dass in zwei Jahren eine Information darüber erfolge, wie weit man mit den Zielen vorangeschritten sei. Grundsätzlich wolle man alle Maßnahmen spätestens in 5 Jahren abgeschlossen haben.

Hinsichtlich des Mentoring – Programmes stellt Herr Gießwein die Frage, ob dafür auch zeitliche Ressourcen zur Verfügung ständen.

Frau Heringhaus (Fachbereich Zentrale Services) bejaht dies.

Frau Dr. Michaelis führt aus, dass man bereits angefangen habe. Frau Grollmann ergänzt, dass man zur Zeit versuche das Mentoring- Programm in kleinen Schritten umzusetzen und auch bestrebt sei, an dem Mentoring-Programm des Landes NRW teilzunehmen.

Weiter fragt Herr Gießwein, ob für einzelne Maßnahmen auch Beschlüsse notwendig seien. Frau Dr. Michaelis weist darauf hin, dass es sich hier um einen Leitfadent handele.

Die Frage des Herrn Gießwein bezüglich des Gesundheitsmanagements beantwortet Frau Heringhaus dahingehend, dass eine Mitarbeiterin des Fachbereichs Zentraler Service für diese Aufgabe verantwortlich zeichne und schon viel auf den Weg gebracht worden sei.

Herr Feldmann merkt an, dass der Gleichstellungsplan der Stadt Schwelm richtigerweise Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Schwelm heißen müsse, da er sich ausschließlich auf die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung beziehe.

Frau Grollmann stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen und ruft zur Abstimmung auf..

### **Beschluss:**

Der der Vorlage 008/2019 als Anlage 1 beigefügte Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---



	Enthaltungen:	1
--	---------------	---

Herr Kick war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**10 Bestellung eines stellvertretenden Wehrführers und des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm 038/2019**

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes fragt das Gremium, ob die Ernennung einen Monat später problematisch sei. Herr Rüth (Fachbereich Bürgerservice) führt aus, dass das Gesetz dies abdecke, da die bisherige Bestellung fortwirke.

Die Frage des Herrn Flüshoh hinsichtlich der Bestellung eines 2. Stellvertretenden Wehrführers beantwortet Herr Jansen (Leiter der Feuerwehr) dahingehend, dass man derzeit eine/n Mitarbeiter\*in aufbaue, diese verantwortungsvolle Position zu übernehmen.

**Beschluss:**

Herr Markus Kosch wird mit Wirkung vom 02.03.2019 erneut für die Dauer von sechs Jahren als stellvertretender Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm ernannt. Herr Matthias Jansen wird mit Wirkung zum 01.06.2019 erneut für die Dauer von sechs Jahren als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm ernannt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**11 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses 012/2019/1**

Frau Grollmann ruft den Tagesordnungspunkt auf. Nachrichtlich gibt sie ergänzend zur Vorlage zu Protokoll, dass Frau Claudia Melzer als beratendes Mitglied der Kreispolizeibehörde an Stelle von Frau Nadia Franke tritt.

Abschließend wurde die Vorlage 012/2019/1 zur Kenntnis genommen.

**12 Ausschussumbesetzungen im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung, Schulausschuss, Sportausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss und Verwaltungsrat TBS 046/2019/1**

Die Umbesetzung der FDP führt zu einer Überzahl an sachkundigen Bürgern im Liegenschaftsausschuss. Herr Beckmann führt aus, dass seine Fraktion an der Umbesetzung festhalte. Er nehme aber den Sachverhalt mit in die Fraktion und man werde eine Lösung finden.

Abschließend ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 046/2019/1 auf.

**Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
--	--------	-----	----------

<b>AUS</b>	Marianne Rindermann	<b>Peter Stark</b>	3. stv. MG – Grüne
<b>SozA</b>	Sabine Placke	<b>Marianne Rindermann</b>	o MG - Grüne
	Marianne Rindermann	<b>Uwe Weidenfeld</b>	2. stv. MG - Grüne
<b>SchA</b>	Nils Beckmann	<b>Horst Rindermann</b>	o MG – Grüne
	Sabine Placke	<b>Brigitte Gregor-Rauschtenberger</b>	1. stv. MG - Grüne
	Horst Rindermann	<b>Nils Beckmann</b>	2. stv. MG - Grüne
<b>SpA</b>	Horst Rindermann	<b>Peter Stark</b>	1. stv. MG - Grüne
	N.N.	<b>Horst Rindermann</b>	2. stv. MG - Grüne
<b>JHA</b>	Sabine Placke	<b>Brigitte Gregor-Rauschtenberger</b>	pers. StV für Herrn Gießwein - Grüne
<b>KA</b>	Dietrich Rauschtenberger	<b>Brigitte Gregor-Rauschtenberger</b>	2. stv. MG - Grüne
	Jannes Schley	<b>Johanna Burbulla</b>	O MG – DIE BÜRGER
<b>VwRat TBS</b>	Horst Rindermann	<b>Peter Stark</b>	1. stv. MG - Grüne

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Frau Bürgermeisterin Grollmann

### 13 **Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 20.06.2013** 027/2019

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes meldet sich Herr Feldmann zu Wort und führt aus, dass er dem Beschlussvorschlag so zustimmen werde, er aber verbilligte Zutritte für gleichartige Personengruppen, egal aus welcher Stadt, anrege. Auch finde er den Eintritt für Schüler\*innen zu hoch. Es solle Ziel sein, die Gruppe der Schüler\*innen an die Kultur heranzuführen.

Frau Grollmann antwortet, dass es hier ausschließlich um eine reine Ausnahmeregelung gehe.

Herr Wapenhans regt an, auch über eine Ermäßigung bzw. Befreiung von Begleitpersonen von Schwerbehinderten nachzudenken.

Frau Dr. Hortolani schlägt vor die Problematik im nächsten Kulturausschuss insgesamt zu beraten.

#### **Beschluss:**

Eine Änderung der Entgeltordnung für das Museum Haus Martfeld vom 20.06.2013 wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 027/2019 (Anlage 1) beschlossen. Die Änderung wird am 01.05.2019 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	3

## **14 Zentralisierung der Verwaltung**

### **14.1 Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der FDP-Fraktion vom 21.3.2019 054/2019**

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex „Zentralisierung“ auf und erteilt zunächst der FDP – Fraktion als antragstellende Fraktion das Wort.

Herr Beckmann führt aus, dass die FDP – Fraktion den Standort des neuen Rathauses nicht optimal finde. Es sei der Beweis angetreten, dass das Rathaus und das Kulturhaus nicht zusammen auf eine Fläche passe.

Aus Sicht der FDP – Fraktion könne die Brauerei mit eingebunden und so ein Ensemble geschaffen werden, welches auch das Parkplatzproblem löse.

Seine Fraktion fordere eine echte Zentralisierung.

Herr Dr. Bockelmann fühlt sich an die Vorlage 98/2018 erinnert, die seinerzeit abgelehnt wurde. Er werde den Antrag unterstützen, stelle aber fest, dass es immer noch kein Nutzungskonzept gebe.

Herr Feldmann sagt, dass es für ihn nur einen geeigneten Standort gebe. Dies sei ein Neubau an der Schillerstraße/ Moltkestraße. Dennoch werde er dem Antrag zustimmen, kündige aber an, dass wenn der Antrag keine Zustimmung finde, er einen Antrag zu den Kosten stellen werde.

Herr Lenz führt aus, dass man sich aus verschiedenen Gründen für das „Zwei-Gebäude-Modell“ entschieden habe. Zum einen verkörpere es eine aufgelockerte Bauweise und trage zum anderen den unterschiedlichen Nutzungszwecken Rechnung. Der Betrieb der Musikschule sei eine unzumutbare Beeinflussung der Arbeitsweise der Verwaltung. Das Modell sei eine gute Planungsgrundlage, die weitere Gespräche nicht ausschließe.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion an dem Standort auch Einzelhandel verorten möchte. Er gehe davon aus, dass eine Kostenplanung vorliege.

Herr Kick bedankt sich bei Herrn Beckmann für die moderate Vortragsweise hier im Gremium, die eine andere Sprache spreche als der Tenor der Vorlage. Er hält die Planung für belastbar und dankt Allen, die bei der konstruktiven Entwicklung des Vorschlages mitgewirkt haben.

Herr Beckmann gibt Herrn Kick Recht, dass der Komplex die Baulücke schließe. Die Ansiedlung des Einzelhandels sehe er weiter kritisch. Zusätzlich weist er darauf hin, dass noch kein Bodengutachten vorliege. Die Trennung der Musikschule von der Verwaltung sei baulich lösbar.

Frau Sartor sieht keine Planungen ausufern, sondern eher Anträge.

Herr Gießwein führt aus, dass man gemeinsam zur Erkenntnis gekommen sei, dass es flächenmäßig an einem Standort nicht passe und man daher in die Richtung eines Kulturhauses gedacht habe. Er finde im Übrigen keine Vorlage, wo die Politik 10.000.000 Euro für Parkplätze habe ausgeben wollen.

Herr Schweinsberg bedankt sich ebenfalls bei Herrn Beckmann für die moderate Vortragsweise. Man habe in der Vergangenheit gemeinsam den Planungspartner ausgewählt. Wenn dieser jetzt die Anträge sehe, könne dies zu Irritationen führen. Die Flächenplanungen seien ein erster Vorschlag. Aus seiner Sicht sei der Komplex nicht zu kompakt, da er viele bauliche Freiräume enthalte. Für die Villa Xtra-Dry habe ein Baugutachten eine so schlechte Bausubstanz ausgewiesen, dass diese abgerissen werden müsse. Dieser Entscheidung sei man gefolgt mit der weiteren Entscheidung, das Kulturhaus an die Römerstraße zu setzen.

Weiter stellt Herr Schweinsberg fest, dass beide Projekte (Kesselhaus und Grundstückskauf) zu keiner Zeit Gegenstand der 30 Millionen Euro gewesen seien. Auch habe es nie eine Aussage der Verwaltung gegeben, 10 Millionen Euro für Parkplätze zu planen. Richtig sei, dass das Innerstädtische Entwicklungskonzept (ISEK) noch nicht abgeschlossen und daher keine Aussage diesbezüglich möglich sei. Nachträge zur Planung können erst entstehen, wenn es Aufträge gebe, diese gebe es aber noch nicht.

Frau Burbulla bedankt sich bei Herrn Schweinsberg für seine Ausführungen und findet es bedenklich, dass die FDP – Fraktion mit allen Mitteln versuche, dieses Projekt zu torpedieren. Weiter stellt sie fest, dass von Seiten der FDP – Fraktion im gemeinsamen Arbeitskreis Zentralisierung bisher keine Beiträge zu verzeichnen gewesen wären. Die Art solcher Anträge, wie der vorliegende, schade dem gesamten Projekt.

Herr Beckmann erwidert direkt, dass das Kesselhaus für ihn ein marodes Bauwerk ohne eine konkrete Planung sei. Hinsichtlich der Aussage der Frau Burbulla, die FDP –Fraktion würde sich nicht aktiv im Arbeitskreis Zentralisierung äußern, führt er aus, dass es seiner Fraktion wichtig sei, die Sachverhalte öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. Er bleibe dabei, dass es zu Kostensteigerungen kommen werde, da die Planungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret genug seien.

Herr Schweinsberg merkt an, dass es des Votums der Politik bedürfe, das Verwaltung das Kesselhaus und das Rathaus weiter entwickeln könne. Die Entwicklung des Kesselhauses sei kein Teil der bisherigen Planung gewesen. Schwelm bekomme etwas, was es bisher nie hatte; einen Rathausplatz.

Frau Grollmann führt aus, dass es die Politik gewesen sei, die die Verwaltung mehrheitlich beauftragt habe das Kesselhaus und das Rathaus weiter zu entwickeln. Die Bürger\*innen verstünden es nicht mehr, wenn einzelne Politiker dieses Projekt so negieren.

Herr Feldmann glaubt nicht, sich einem Mehrheitsbeschluss anpassen zu müssen, zumal er wahrnehme, dass bei einer Vielzahl von Bürger\*innen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Kosten aufkommen. Er werde die Sache so lange nicht ruhen lassen, bis eine konkrete Planung vorliege. Herr Feldmann erinnert daran, dass der letzte Investor aufgrund einer zweijährigen politischen Diskussion abgesprungen sei. Zu guter Letzt verweist er darauf, dass er laut Gemeindeordnung informiert werden müsse.

Herr Lenz stellt fest, dass die Themen des Arbeitskreises Zentralisierung ihre Fortsetzung in den Gremien finden, so wie zuletzt im Liegenschaftsausschuss geschehen. Er finde eine ständig nach hinten gerichtete Diskussion problematisch. Der Kauf des Grundstückes sei abgeschlossen und jeder wisse, wie der Preis zustande kam. Zu einer öffentlichen Diskussion erwarte er eine sachliche Diskussion und keinen Wettbewerb, wer zuerst was wie gesagt habe. Er fordert auf, sich in einen Gestaltungsprozess einzubinden und nicht in einen Verhinderungsprozess; dies bedeute sich konstruktiv und nicht verhindernd in die Diskussion zu einem gemeinsam gefasst Beschluss einzubringen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 054/2019 auf.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für das Rathaus und das Kulturhaus so zu überarbeiten, dass beide Funktionen auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei realisiert werden. Um zusätzliche Flächen zu erhalten, wird auf den Wohnungsbau im Bestandsgebäude verzichtet und die Einrichtungen des Kulturhauses im Erdgeschoss des Kesselhauses oder anstelle der Einzelhandelsfläche eingeplant.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	0

### **14.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.03.2019 "Zentralisierung - Optische Gestaltung"**

Herr Schweinsberg zeigt sich für die Anfrage der SPD Fraktion, die am gestrigen Tage eingegangen sei, dankbar. Die Anfrage zeige, dass der Fokus an dieser Stelle verschärft werden müsse. Beide Aspekte seien im Bauzeitenplan veranschlagt. Die Anfrage werde ab dem 8.4. mit dem Planungsbüro erörtert und dann als Stellungnahme der Verwaltung in den Hauptausschuss eingebracht.

### **14.3 Zentralisierung der Verwaltung / Stand der Planungen Neubau Rathaus und Kulturzentrum. 026/2019/1**

Herr Schweinsberg berichtet, dass die Verwaltung das Planungsbüro beauftragt habe, zu prüfen, ob eine weitere Tiefgarage planbar sei. Es gebe die technische Möglichkeit unter dem Rathausvorplatz. Die Kosten dafür beliefen sich auf 2,5 Millionen Euro.

Herr Flühöh führt aus, dass er grundsätzlich für eine Tiefgarage unter dem Rathaus sei, allerdings gegen eine Erweiterung um 28 Stellplätze für 2,5 Millionen Euro.

Herr Gießwein dankt der Verwaltung, dass sie Punkt 2) des Beschlussvorschlages schon vorweggenommen habe und bittet den Punkt 1) des Beschlussvorschlages aufzuteilen in einem Beschlussvorschlag mit Tiefgarage und einen Beschlussvorschlag ohne Tiefgarage. Herr Gießwein begründet seine Bitte damit, dass die Tiefgarage rein rechnerisch über 5 Millionen Euro koste und es für ihn

absurd sei, da es auf der anderen Seite ein ungenutztes Parkhaus gebe. Daher werde er einer Tiefgarage nicht zustimmen.

Aus Sicht des Herrn Dr. Bockelmann dürfe man die Stellplätze des Parkhauses nicht mit in die Berechnung einbeziehen, da sie nicht der Stadt gehören.

Herr Schweinsberg stimmt dem zu, dass die Stellplätze nicht bauordnungsrechtlich „benutzt“ werden können.

Herr Gießwein äußert, dass man sich noch nicht in der bauordnungsrechtlichen Diskussion befinde. Bisher sei dargestellt worden, dass für die Verwaltung 52 Parkplätze gebraucht würden.

Herr Feldmann stellt folgenden Antrag:

*Die weiteren Planungen zum neuen Rathaus werden bis zur Vorstellung neuer, sogenannter belastbarer, Zahlen verschoben.*

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Antrag des Herrn Feldmann.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	1
	dagegen:	15
	Enthaltungen:	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Grollmann sichert Herrn Feldmann den Zugang aller relevanten Unterlagen zu.

Danach ruft sie zur getrennten Abstimmung über den **geänderten Beschlussvorschlag** auf.

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Planungen für den Neubau des Rathauses und des Kulturzentrums auf der Grundlage der Vorplanungen (Stand:11.2.2019) weiter fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

Frau Burbulla war bei der Abstimmung nicht anwesend.

2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage der Vorplanungen (Stand: 11.2.2019) unter dem Kerngebäude des Rathauses eine Tiefgarage zu planen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

3. Von der Erweiterung der Tiefgarage in südlicher Richtung wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	15
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

**Beschluss: Geänderter Beschluss siehe Protokoll**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Planungen für den Neubau des Rathauses einschließlich der Tiefgaragenebene und des Kulturzentrums auf der Grundlage der Vorplanungen (Stand:11.2.2019) weiter fortzuführen.
2. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Darstellung im Arbeitskreis Zentralisierung, ob eine Erweiterung der Tiefgaragenebene in südlicher Richtung realisierbar ist und welche Kosten für diese Erweiterung entstehen würden. Für die Prüfung und Darstellung ist eine externe Unterstützung der Verwaltung zu beauftragen.
3. Die für die Umsetzung der Ziffer 2 entstehenden Kosten werden im Etat 2019 zur Verfügung gestellt.

**15 Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet 004/2019/1  
"Neues Wohngebiet Brunnen"**

**Beschluss:**

Die in der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ dargestellte Planstraße erhält den Straßennamen „Dr.- Emil-Böhmer-Weg“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**16 Eingabe nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein- Westfalen (GO NRW) - Sauberkeit in der Stadt 161/2018/1**

Herr Feldmann zeigt sich im Namen der Antragsteller erfreut darüber, dass die Anregungen übernommen wurden.

**Beschluss:**

Die Eingabe nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird als erledigt angesehen, da die vorgetragenen Anregungen bereits mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen umgesetzt werden und im Weiteren durch Beschlussfassung über Vorlage 216/2018 im „Konzept Sauberkeit und Stadtbildpflege“ aufgegriffen werden. Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen der Presseveröffentlichung zum City Team informiert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**17 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2018 - "Sauberkeit in der Stadt"**

Die FDP – Fraktion stellt einen Vertagungsantrag bis der Bericht des Herrn Flocke (Verwaltungsvorstand der Technischen Betriebe Schwelm) vorliege.

Dem Antrag wird einvernehmlich gefolgt.

**18 Grüne Infrastruktur in Schwelm 200/2018/2**  
**Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018**  
**- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug**

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt der antragstellenden Fraktion Gelegenheit zur Stellungnahme.

Herr Philipp berichtet, dass der Antrag im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung ausführlich behandelt wurde.

Herr Gießwein merkt an, dass für ihn dazu gehöre, auch zu beraten, wie mit anderen Dingen in Schwelm generell umzugehen sei. Es sei nur ein Beispiel davon, wie man mit den Bäumen umgehe. Er regt die SPD – Fraktion an, den Antrag zur Baumschutzsatzung zurückzuziehen. Für ihn stehe der Schutz des Klimas insgesamt im Vordergrund. Dies könne auch im Zweifel bedeuten, Bäume zu fällen.

Herr Philipp findet es schade, dass einzelne Punkte des Antrages miteinander verknüpft würden. Die Fachausschüsse müssen darüber diskutieren können, was sinnvoll sei und was nicht. Letztendlich reduziere sich der Antrag der SPD – Fraktion nur auf die ersten vier Zeilen.

Herr Feldmann werde den Antrag unterstützen, da er den richtigen Weg zeige.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Der Rat der Stadt Schwelm erklärt seinen Willen, die grüne Infrastruktur Schwelms zu erhalten und auszubauen.

Um das zu erreichen, soll bei allen städtischen Planungen das Ziel der Erhaltung, Sicherung und Entwicklung einer „grünen Infrastruktur“ angemessen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	7

Frau Burbulla war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**19 Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 120/2018/2**  
**(Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung)**  
**- Einbringung des Antrages in den Sitzungszug**

Die SPD – Fraktion verfolgt den Antrag nicht weiter und zieht den Antrag zurück.

Der Rücknahme des Antrages wird einvernehmlich gefolgt.



## **20        Neuausrichtung der örtlichen Rechnungsprüfung**

Herr Flühshöh führt aus, dass es beim Ennepe-Ruhr-Kreis ein internes Stellenbesetzungsverfahren für die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes gegeben habe. Er stellt die Frage, wie eine interne Stellenausschreibung vor dem Hintergrund einer interkommunalen Kooperation zu werten sei. Er hätte es begrüßt, wenn auch Mitarbeiter der kooperierenden Städte sich hätten bewerben und sich damit in näherer Umgebung weiterentwickeln können. Herr Flühshöh möchte das Thema, wie man zukünftig mit internen Stellenausschreibungen bei Kooperationen umgehe, behandelt wissen.

Frau Heringhaus (Fachbereichsleitung Zentrale Services) führt aus, dass dies die öffentlich rechtliche Vereinbarung regelt.

Herr Flühshöh macht deutlich, dass man über die Begrifflichkeit „intern“ diskutieren müsse, wenn eine Stelle ausgeschrieben werde, wo verschiedene Verwaltungen durch eine Kooperation beteiligt seien.

Frau Rath (Personalratsvorsitzende) sagt, dass sie als Personalrat der Stadt Schwelm keinen Handlungsspielraum habe. Hier müsse sich der Ennepe – Ruhr - Kreis öffnen.

Herr Gießwein sehe hier keine Kooperation, sondern eine Delegation. Die Ausweitung des Stellenbesetzungsverfahrens auf alle beteiligten Städte ginge nur bei einer echten Kooperation.

Frau Heringhaus bestätigt, dass die einzige Kooperation, in der sich die Stadt Schwelm derzeit befinde, die der Büchereien Schwelm und Sprockhövel sei.

Auch Frau Rath macht nochmal deutlich, dass man die Aufgabe der Rechnungsprüfung abgegeben habe und damit aus der Sache „raus“ sei.

Für Herrn Kick gehe es darum, wie man im Falle zukünftiger Kooperationen die Möglichkeit schaffen könne, sich auch in andere Kommunen einbringen zu können. Für ihn seien aber die Hauptverwaltungsbeamten diejenigen, die die Wege festlegen müssen.

Herr Lenz sagt, dass eine öffentlich rechtliche Vereinbarung ja an sich sage, dass beide Vertragsparteien etwas vereinbaren können. Es müsse eine zukünftige Regelung vereinbart werden, dass die Begrifflichkeit „intern“ insoweit umdefiniert werde, dass „intern“ alle beteiligten Kommunen betreffe.

Herr Feldmann führt aus, dass die Rechnungsprüfung für ihn zu den wichtigen Dingen zähle, die den Rat betreffen. Insofern stimmt Herrn Gießwein zu, dass grundsätzlich anders überlegt werden müsse.

## **21        Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung**

Herr Gießwein fragt, wann die Politik am Innerstädtischen Entwicklungskonzept (ISEK) beteiligt werde.

Herr Schweinsberg antwortet, dass es Ziel sei im nächsten erreichbaren Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung damit zu beginnen. Er könne es aber im Moment noch nicht konkret zusagen. Er gehe aber davon aus, dass die Fachleute ab nächster Woche wieder zur Verfügung stehen und sagt eine zeitnahe Beantwortung zu.

Da es keine weiteren Fragen oder Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung gibt, schließt Frau Grollmann den öffentlichen Teil der Sitzung.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 18 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.07.2019	Schriftführerin gez.  Liebscher	Die Bürgermeisterin gez.  Grollmann-Mock
-------------------------	--	---